Blutrünstige Diktatur, das bessere Deutschland oder Stolperstein auf dem Weg zu einer friedlichen Koexistenz? Die DDR im Blick der britischen Labour Party, 1949 - 1973[1]

Stefan Berger/Darren Lilleker

I. Einleitung: der Blick auf Deutschland während der Besatzung, 1945-1949

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte Deutschland den traditionellen Platz Frankreichs als Erzfeind Großbritanniens eingenommen. Kein britischer Politiker kam umhin, sich mit dem 'deutschen Problem' zu beschäftigen. Die im 19. Jahrhundert noch weit verbreitete Germanophilie machte einer im 20. Jahrhundert ebenso starken Germanophobie Platz. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs gab es in Großbritannien viele Stimmen, die in oftmals nahezu rassistisch anmutender Manier versuchten, Deutschland eine biologisch inhärente Aggressivität zu unterstellen, die den Militarismus und den Drang zum Krieg in der deutschen Geschichte erklären sollten. Antideutsche Stimmungen hatten aus ebenso verständlichen wie naheliegenden Gründen Hochkonjunktur.[2] Auch in der britischen Labour Party gehörten viele zum Lager der scharfen Kritiker Deutschlands. Besonders die nationale Haltung der deutschen Sozialdemokratie wurde oftmals mit Unverständnis und Unmut zur Kenntnis genommen.[3] Doch gab es auch zahlreiche Stimmen auf der britischen Linken, die sich redlich bemühten, das nationalsozialistische Regime nicht mit dem gesamten deutschen Volk gleichzusetzen. Hier wollte man aus den Fehlern der Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg Lehren ziehen für eine bessere Friedensordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Deutschland sollte zwar grundlegend entmilitarisiert werden – darin waren sich alle politischen Kräfte des Landes einig – aber kein karthagischer Frieden sollte das Land auf Dauer künstlich niederhalten. Unter La-

[1] Die Autoren möchten sich besonders herzlich bei Marianne Howarth und Henning Hoff bedanken, die auch jeweils mit eigenen Beiträgen in diesem Band vertreten sind. Sie haben unseren Aufsatz nicht nur aufmerksam gelesen und kommentiert, sondern waren auch bereit, uns zahlreiche wertvolle Informationen zum verhältnis der britischen Linken zur DDR zukommen zu lassen. Außerdem bedankenw ir uns bei Norman LaPorte, der bei der Materialbeschaffung für diesen Aufsatz geholfen hat.

[2] Zur Deutschlandplanung der britischen Regierung im Zweiten Weltkrieg siehe Kettenacker, Krieg. Zur Bedeutsamkeit der deutschen Frage nach 1945 siehe Gossel, Briten.

[3] Tombs, Victory; dies., Socialists.

bour-Politikern gab es nur eine Minderheit, die sich für eine dauerhafte und nachhaltige Aufteilung Deutschlands aussprach. So wollte Hugh Dalton, der es nie schaffte, über seine traurigen Erfahrungen im Ersten Weltkrieg hinwegzukommen, das Land nach 1945 am liebsten den Rachegelüsten der Sowjetunion überlassen. Er betrachtete jegliche Hilfe für Deutschland nach 1945 als verschwendete Ressourcen.[4] Für einige Linke in der Partei wie etwa John Platts-Mills (MP für Finsburg, 1945-50) entsprach die Teilung Deutschlands den legitimen Interessen der Sowjetunion.[5] Daß die Furcht vor einem wiedererstarkten einheitlichen Deutschland auch in Labourkreisen verbreitet war, belegt eine Broschüre G.D.H. Coles aus dem Jahre 1946, in der er sich zumindest für eine zeitweilige Teilung Deutschlands stark machte. Andernfalls, so Cole, müßten die Alliierten viel Zeit und Aufwand investieren, um Deutschland künstlich schwach zu halten.[6] Eine deutliche Mehrheit in der Partei setzte allerdings ihre Hoffnungen auf ein von der SPD geführtes sozialistisches Nachkriegsdeutschland, mit anderen Worten: ein besseres Deutschland, das die Erinnerung an den Nationalsozialismus würde überwinden können.

Unter britischen Linken war gerade in der Zeit zwischen 1943 und 1946 die Vorstellung weit verbreitet, daß nach dem erfolgreichen Sieg der Alliierten in Europa die Stunde des Sozialismus' schlagen würde. Dabei gingen viele davon aus, daß ein sozialistisches Europa sich als Alternative sowohl zum verhaßten amerikanischen Kapitalismus als auch zum gleichfalls ungeliebten sowjetischen Kommunismus bewähren würde. Der Wahlsieg der Partei im Jahre 1945 verstärkte noch die Hoffnungen derjenigen, die nun auch in Kontinentaleuropa den Sieg ihrer sozialistischen Schwesterparteien erwarteten. Es sollte allerdings nach 1945 nur noch in Norwegen zu einer sozialistischen Mehrheitsregierung reichen. Überall sonst waren die Sozialisten bestenfalls Koalitionspartner in Regierungskabinetten, und in der Bundesrepublik sollten sie gar bis 1966 auf nationaler politischer Ebene die Opposition stellen.

Zudem begann sich nach 1945 zunehmend abzuzeichnen, daß eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion schwierig sein würde. Im Wahlprogramm der Labour Party von 1945 las man im außenpolitischen Teil etwa noch, daß die Partei im Gegensatz zu den Konservativen den Dialog mit der Sowjetunion aufzunehmen bereit war. Doch diejenigen in der Partei, die sich mit Außenpolitik beschäftigten, wurden in den Folgejahren zunehmend desillusionierter. Dennis Healey etwa, nach 1945 internationaler Sekretär der Labour Party, erinnerte sich in seinen Memoiren an die

---

[4] Pimlott, Dalton, S. 104, 184-6, 385-8, 413.

[5] Interview mit John Platts-Mills vom 4. Juli 1999. Transkript des Interviews im Besitz von Darren Lilleker.

[6] Cole, Foreign Policy, S. 18-28.

brutale Unterdrückung sozialdemokratischer Parteien im sowjetisch dominierten Osteuropa: „My task in those countries was to help the socialist parties to stay alive. It was tragically frustrating. The socialists were clinging on to their separate identities by the tips of their fingers. They knew they were doomed to destruction."[7] Rennie Smith, zwischen 1924 und 1931 Labour-Abgeordneter für Penistone, war nach 1945 im Auftrag der Kontrollkommission im Ruhrgebiet tätig, wo er eng mit deutschen Gewerkschaftern und Sozialdemokraten zusammenarbeitete. Noch 1944 hatte er sich sehr optimistisch zu den Möglichkeiten einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion geäußert. Nach nur sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland kam er allerdings zu dem Schluß, daß eine Teilung des Landes wohl unumgänglich sei, da sich die sowjetische Besatzungszone in eine ganz andere Richtung entwickele als die westlichen Besatzungszonen.[8] Auf der äußersten Linken der Partei gab es durchaus auch Stimmen, die sich kritisch mit der westlichen Besatzungspolitik in Deutschland auseinandersetzten. Sie kritisierten vor allem die Restitution des Kapitalismus und lobten die Sowjetunion dafür, daß sie in ihrer Besatzungszone wirkliche sozialistische Reformen durchführte.[9] Auf die Ansichten der Parteiführung oder gar der Labourregierung hatten solche Äußerungen allerdings kaum Einfluß.

Der Außenminister Ernest Bevin, deutschfeindlichen Stimmungen gegenüber durchaus nicht abgeneigt, argumentierte bereits im Mai 1946, daß der westlichen Welt von seiten der Sowjetunion eine größere Gefahr drohe als von einem wiedererstarkten Deutschland. Das britische Außenministerium analysierte die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Besatzungszone ausführlich. Seine Schlußfolgerungen bekräftigten noch einmal die Befürchtungen des britischen Außenministers.[10] In den Folgejahren intensivierte die britische Regierung ihre Versuche, die drei westlichen Zonen Deutschlands zu engerer Zusammenarbeit zu bewegen. Die zumindest mittelfristige Spaltung Deutschlands wurde zunehmend als Resultat des Kalten Krieges akzeptiert.

Kenneth Younger, zwischen 1945 und 1951 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, erinnerte sich in den fünfziger Jahren, daß die antikommunistische Haltung der Labour Party die folgerichtige Konsequenz ihrer sozialdemo-

---

[7] Healey, Time, S. 88.

[8] Rennie Smith, Europe is Our Concern. The Big Three Have Their Plans, in: The Murphy News, 18. Februar 1944; ders., Great Britain, Russia and Germany, Memorandum, 12. November 1945; ders., Germany After Six Months, Memorandum, no date given [1946], allesamt enthalten im Nachlaß von Rennie Smith, Dept. of Western Manuscripts, Bodleian Library, Oxford, MS. Engl.hist.c.467.

[9] G.L. Arnold, Battle of the Zones, in: Tribune, 28. November 1947, S. 14-15; The German Desert, in: Tribune, 14. September 1945; The Russians in Germany: in: Tribune, 28. November 1947, S. 7-9; Schaffer, Zone.

[10] Pommerin, Zwangsvereinigung.

kratischen Ausrichtung war.[11] Die Partei spielte eine maßgebliche Rolle bei der Wiederbelebung der Sozialistischen Internationale nach 1945 und trug gerade zu der relativ schnellen Reintegration der deutschen Sozialdemokratie in die Internationale bei. Labour Party und SPD waren traditionell eng verwandt, soweit es organisatorische und ideologische Fragen betraf, und sie unterhielten enge Beziehungen untereinander.[12] Obwohl es in den dreißiger und vierziger Jahren zu erheblichen Spannungen zwischen der Londoner Exil-SPD und der Labour Party gekommen war[13], hatten zahlreiche führende Labour-Politiker der Nachkriegszeit regen Austausch mit der wieder gegründeten SPD. Dazu gehörten z.B. die späteren Labour-Minister Richard Crossman und Patrick Gordon Walker, die in den dreißiger Jahren als Kuriere der SPD ins nationalsozialistische Deutschland fuhren. Innerhalb der Labour Party befindliche sozialistische Gruppierungen, wie etwa die *Socialist Clarity Group*, wurden durch deutsche Exil-Sozialdemokraten maßgeblich beeinflußt, während sich andererseits Sozialdemokraten wie Richard Löwenthal zutiefst beeindruckt zeigten von der Stabilität britischer demokratischer Strukturen und Institutionen. Nach 1945 spielten zahlreiche Labour-Politiker, wie etwa Dennis Healey, Austin Albu (MP for Edmonton, 1948-74), Allan Flanders (*Reader in Industrial Relations* an der Universität Warwick und enger Berater der Labour Party), Rita Hinden (Herausgeberin des *Socialist Commentary*, 1955-71) und Rennie Smith, eine wichtige Rolle in der britischen Besatzungszone und beeinflußten gerade den Wiederaufbau der Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung nachhaltig. Sie hatten durchweg vorzügliche Beziehungen zu Vertretern der westdeutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.[14]

Healey, Bevin und die meisten anderen führenden Labour-Politiker waren deshalb auch bald sehr kritisch gegenüber denjenigen Kräften innerhalb der eigenen Partei, die sich für eine Kooperation mit dem osteuropäischen Kommunismus aussprachen. Als in der sowjetischen Besatzungszone unter dem Druck der Besatzungsmacht im April 1946 die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED vollzogen wurde, sandten 28 Unterhausabgeordnete der Labour Party ein Telegramm an die neue Partei, in dem sie ihr viel Erfolg wünschten auf ihrem angeblichen Weg, die politische Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu verwirklichen.[15] Obwohl die Fraktion diese Politik mit deutlicher Mehrheit ablehnte, kam es nur ein Jahr später zu einem erneuten Eklat, als 13 Abgeordnete der Labour Party die von der SED initiierte Volkskongreßbewegung als demokratisches Sprachrohr eines einheitlichen

---

[11] Younger, Essays, S. 23.
[12] Berger, Labour Party.
[13] Glees, Exile; Tombs, Victory.
[14] Löwenthal, Emigration; Mignion, Labour Party; Black, Social Democracy.
[15] Der Wortlaut des Telegramms ist wiederabgedruckt in: Daily Herald, 20. März 1946.

Deutschlands aufzuwerten versuchten.[16] Der Herausgeber des parteinahen *Daily Herald*, Percy Cudlipp, demonstrierte die in der Partei inzwischen mehrheitlich akzeptierte neue Unnachgiebigkeit gegenüber dem kommunistischen Osteuropa. Er bezeichnete die SED als „Communist concoction, brewed in the Soviet zone of Germany, and intended to poison, if possible, the minds of the German people against the Social Democratic Party which Kurt Schumacher leads."[17]

Die innerhalb der Partei recht isoliert dastehenden Unterhausabgeordneten zeigten in ihren ebenfalls im *Daily Herald* abgedruckten Rechtfertigungen allerdings keinerlei Reue oder Einsicht. In ihren Augen sollte ihr Telegramm vor allem dazu beitragen, Frieden und Stabilität in Europa aufrechtzuerhalten und der in den westlichen Medien vorherrschenden antikommunistischen Propaganda vorzubeugen. Des weiteren hofften sie, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung in eine kommunistische und eine sozialdemokratische Richtung überwunden werden könne. In Deutschland sahen sie dabei das Hauptproblem nicht etwa in der SED, sondern in der antikommunistischen Haltung Kurt Schumachers. Es war erneut Cudlipp, der den innerparteilichen Dissidenten energisch entgegentrat und sie daran erinnerte, wer der Hauptfeind der sozialdemokratischen Parteien Westeuropas sei:

> „Communism has long intrigued for, and is now openly fighting for, the destruction of the Labour Movement in this country. [...] Communism is Totalitarianism. [...] Let us see to it [...] that the poison fungus of Communism is not allowed to flourish in the labour movement."[18]

Doch bereits auf dem Margater Parteitag von 1948 hatte sich die Stimmung innerhalb der Labour Party gründlich gewandelt. Vor allem die sowjetische Blockade Berlins hatte selbst bei den meisten Parteilinken zu einem Umdenken beigetragen. Der unumstrittene Führer des linken Flügels der Labour Party, Aneurin Bevan, forderte im Zuge der Berlinkrise seine Regierung sogar allen Ernstes dazu auf, Panzerdivisionen durch die sowjetische Besatzungszone zu schicken, um die Blockade Berlins gewaltsam zu beenden.[19] Diejenigen, die noch immer der Idee eines dritten Weges zwischen amerikanischem Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus anhingen, mußten auf dem Parteitag eine empfindliche Niederlage einstecken. Labour-Politiker, die sich weiterhin für eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Regimen in Osteuropa aussprachen, konnten fürderhin damit rechnen, als Trittbrettfahrer der Kommunistischen Partei, Kryptokommunisten oder gar

---

[16] Daily Herald, 11. Dezember 1947.

[17] Ebd.

[18] Daily Herald, 23. Dezember 1947. Die Stellungnahmen der Unterhausabgeordneten sind abgedruckt in: Daily Herald, 12., 16., 18. und 19. Dezember 1947.

[19] Morgan, Labour, S. 389.

Agenten der Sowjetunion bezeichnet zu werden. Vorstellungen von einer sozialistischen Außenpolitik, die sich, wie etwa Harold Laski und Healey 1945 noch gehofft hatten, auf ein Bündnis sozialistischer Regierungen im Nachkriegseuropa würde stützen können, waren durch den Ausbruch des Kalten Krieges überholt. Selbst ein Großteil der Parteilinken schwenkte auf die atlantische Ausrichtung Ernest Bevins ein; nur ein kleines Häuflein Ultralinker beharrte auf Vorstellungen eines dritten Weges zwischen USA und UdSSR. Sie hielten es 1948 auch für ratsam, die Partei zu einer Aufgabe Westberlins zu drängen: „any offer the Russians were willing to make should be immediately accepted."[20] Für solche Stimmen war allerdings in der Partei immer weniger Platz. Platts-Mills wurde 1947 aus der Partei ausgeschlossen, und seine Mitstreiter Konni Zilliacus (MP Gateshead, 1945-50; Manchester Gorton 1955-67), Solley und Lester Hutchinson folgten ihm ein Jahr später. Zilliacus, der als einer der ausgewiesensten außenpolitischen Experten der Partei galt, durfte zwar 1952 wieder Parteimitglied werden, aber sein Insistieren darauf, daß man den Kommunismus nicht verteufeln sollte, war in einer Labour Party, die Ende der vierziger Jahre gerade ihre anti-totalitäre Grundhaltung betonte, ein Fremdkörper.[21]

II. Die Gründung zweier deutscher Staaten 1949, der Arbeiteraufstand 1953 und die Frage der Wiederbewaffnung

War man auf Seiten der britischen Labourregierung der Meinung, daß es zur Gründung eines separaten Westdeutschlands im Jahre 1949 keine wirkliche Alternative gab, so standen viele in der Labour Party von Anfang an der Gründung der DDR kritisch gegenüber. Die Regierung des zweiten deutschen Staates betrachtete man als ein Marionettenregime der sowjetischen Besatzer. Desmond Donnelly, in den fünfziger Jahren Mitglied des Schattenkabinetts von Hugh Gaitskell, sprach es ganz offen aus, als er die DDR als „Communist police state under considerable Russian influence" bezeichnete.[22] Selbst Parteilinke wie Michael Foot machten die Sowjetunion für die Teilung Deutschlands verantwortlich:

> „The major purpose of Soviet policy has been the complete subjection of as many countries as possible to the Soviet will. [...] If the Russians are not prepared to accept a genuinely free and united Germany it is better that the

[20] Keep Left Statement, The Future of Berliners, in: New Statesman, 10. Juli 1948. Mit ähnlichem Tenor: Silverman/Warbey, War.

[21] Siehe insgesamt zur Entwicklung der Parteilinken in der Labour Party nach 1945 Schneer, Conscience; Meehan, Left Wing; Gordon, Conflict. Speziell zu Zilliacus siehe auch Watson, 'Fellow Traveller'.

[22] Desmond Donnelly, Barriers too Great for a United Germany, in: Daily Mail, 7. September 1954, Nachlaß Donnelly, National Library of Wales, Aberystwyth, F 10.

> Western zones should proceed with their task of reconstruction than that we should concede all for a renewed fake promise of free elections."[23]

Eine gemeinsam von Bevin und Konrad Adenauer verabschiedete Erklärung zur Sicherheitspolitik in Europa vom Juni 1949 ließ keinen Zweifel an dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und betonte, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nach westlichen Prinzipien Zielpunkt einer gemeinsamen westlichen Außenpolitik sein würde.[24] Die DDR wurde als zweiter deutscher Staat nicht anerkannt, da sie auf sowjetisches Geheiß und gegen den Wunsch der ostdeutschen Bevölkerung zustande gekommen sei.

Die brutale Unterdrückung des ostdeutschen Arbeiteraufstandes vom Juni 1953 verstärkte noch diese negative Sicht der Labour Party auf die DDR. Bereits 1950 hatte Bevin im Unterhaus vor den Auswirkungen einer Bewaffnung der Polizeikräfte der DDR gewarnt: „[there] may be an attempt to use this force in a brutal civil war."[25] Drei Jahre später war es sein linker Kabinettskollege, Aneurin Bevan, der einen geharnischten Protestbrief an den sowjetischen Botschafter in London aufsetzte, der von insgesamt 54 (den Gewerkschaften nahestehenden) Labour-Abgeordneten unterschrieben wurde:

> "The rights of the workers to organise, strike and demonstrate against grievances have always been recognised principles of trades unionism. [...] To send troops against the unarmed workers who went on strike against working conditions which your own political representatives regarded as unjust and afterwards corrected is offensive to trade union opinion throughout the world. It is a stain on your Government."[26]

Auch die offizielle, auf dem Parteitag 1953 verabschiedete Stellungnahme der Partei zu den Ostberliner Ereignissen bezeichnete den Aufstand selbst als Ausdruck eines mutigen Protestes der Arbeiter gegen die fortgesetzte kommunistische Unterdrückung, verlangte eine Einstellung der Verfolgung von am Aufstand Beteiligten und wiederholte die offizielle Forderung aller westlichen Staaten nach freien und demokratischen Wahlen in beiden Teilen Deutschlands als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Wiedervereinigung.[27] Der einzige Labour-Abgeordnete, der die Niederschlagung des Aufstands verteidigte, tat dies in der Zeitung der Kommunistischen Partei Großbritanniens. Nach Ansicht von S.O. Davies (MP für Merthyr Tydfil 1934-72) handelte es sich bei dem Aufstand um ein CIA-gesteuertes, faschistisches Unternehmen. Im Unterhaus fragte Davies an, ob sich die Regierung dessen bewußt sei, daß „Nazis and agents provocateurs from the West Zone of Berlin have been bribed [...] to join in and help create disturbances in the Ea-

---

[23] Michael Foot, Socialists and the Atlantic Pact, in: Tribune, 20. Mai 1949, S. 7-8.
[24] Tribune, 24. Juni 1949, S. 2.
[25] House of Commons Papers (HOCP), Bd. 475, 24. Mai 1950, col. 2089.
[26] Wortlaut veröffentlicht in: The Times, 26. Juni 1953, S. 6.
[27] Labour Party Annual Conference Report (LPACR) 1953, S. 24.

stern zone."[28] Der von der Bergarbeitergewerkschaft unterstützte Davies mußte sich daraufhin herbe Kritik von Will Lawther, dem Präsidenten der National Union of Mineworkers, gefallen lassen, der der lokalen Partei empfahl, Davies bei den nächsten Unterhauswahlen nicht erneut als Kandidaten aufzustellen.[29] Innerhalb der Fraktion war seine Haltung einzigartig.

Die Reaktion der Labour Party auf den Ostberliner Aufstand verband sich allerdings weithin mit der um 1953 ebenfalls heiß diskutierten Frage nach der westdeutschen Wiederbewaffnung und der Einbeziehung der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungsbündnis. Hier war die Partei zutiefst gespalten. Die Parteiführung und die Mehrheit der Fraktion befürwortete eine begrenzte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik innerhalb eines westlichen Bündnisses, aber eine von Bevan angeführte Minderheit in der Fraktion leistete energisch Widerstand gegen diese Position und traf wohl auch auf Verständnis in vielen Basisorganisationen der Partei.[30] In den Wahlkreisen konnten Labour-Politiker mit deftigen Attacken gegen die Deutschen bei den Fußsoldaten der Partei noch bis in die sechziger Jahre hinein kräftigen Beifall ernten.[31] Roy Jenkins hatte alle Mühe, seiner Wahlkreisorganisation in Stechford zu erklären, warum er für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eingetreten sei.[32] Der Zweite Weltkrieg warf einen langen Schatten über die britische Erinnerungskultur. Viele Labour-Politiker hatten die Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten am Ende des Krieges unmittelbar erlebt. Gordon Walker, Crossman, Tom Driberg (MP für Maldon, 1942-55, und für Barking, 1959-74), und Sydney Silverman (MP für Nelson and Colne, 1935-68) kannten die Leichenberge in Bergen-Belsen, Dachau und Buchenwald aus eigener Anschauung.

Als die Frage nach einer Wiederbewaffnung nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf einem Labour-Kabinettstisch auftauchte, hatten wohl die meisten Regierungsmitglieder Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Entscheidung. Emanuel Shinwell, im zweiten Kabinett Attlee Verteidigungsminister, erinnerte sich: „none of us liked it."[33] Aber wie Shinwell unterstützte die Mehrheit letztendlich ein Votum für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, wenn auch mit durchaus gemischten Gefühlen. Herbert Morrison, für den die deutsche SPD bereits in der Zwischenkriegszeit zu einem effizienten Modell geworden war, war einer der

---

[28] HOCP, 24. Juni 1953, col. 1908. Siehe auch S.O.Davies, Berlin: Agents from West Try Provocations, in: The Daily Worker, 18. Juni 1953, S. 3.
[29] Griffiths, Davies, S. 226f.
[30] Foot, Bevan, S. 302.
[31] Cameron Watt, Labour Partei, S. 860.
[32] Jenkins, Life, S. 106.
[33] Shinwell, Through it all, S. 204.

wenigen, die im Kabinett eindeutig für eine Wiederbewaffnung optierten. Für ihn – wie später für Hugh Gaitskell – war ein deutscher Wehrbeitrag essentieller Bestandteil jedes westeuropäischen Sicherheitspaktes. Bevin und Stafford Cripps blieben da skeptischer. Der notorische Deutschenhasser Hugh Dalton lehnte sogar jede Form von deutscher Wiederbewaffnung kategorisch ab: „I hate all Germans and regard them all as Huns."[34] Schließlich kam die Kabinettsentscheidung vom Dezember 1950, die eine deutsche Wiederbewaffnung als unumgänglichen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas bezeichnete, wohl nicht zuletzt auf amerikanischen Druck hin zustande. Die innerparteilichen Diskussionen waren damit allerdings noch in keiner Weise beendet.

Im Februar 1952 verabschiedete der außenpolitische Ausschuß der Fraktion eine Resolution, derzufolge jedweder deutscher Verteidigungsbeitrag innerhalb der NATO als ein Verstoß gegen die Bemühungen um eine friedliche Koexistenz der Blöcke in Europa abzulehnen sei. Der Antrag wurde mit 30 gegen 24 Stimmen angenommen.[35] Er war allerdings für die Fraktion nicht bindend, und so folgte auch nur eine (erhebliche) Minderheit von 57 Abgeordneten dem Aufruf von Bevan, im Unterhaus gegen eine Wiederbewaffnung zu votieren, obwohl die Parteiführung Zustimmung signalisiert hatte. Der Labour-Parteitag von 1952 nahm einen Antrag an, der bestätigte, daß die Bundesrepublik in freier Selbstbestimmung darüber zu entscheiden habe, ob sie einen Beitrag zu einen System der kollektiven Sicherheit in Europa leisten wolle. Philip Noel-Baker (MP für Coventry, 1929-31, für Derby, 1936-50 und für South Derby, 1950-70) berief sich auf diese Resolution, als er den Gegnern einer Wiederbewaffnung in der eigenen Partei vorhielt, Parteitagsbeschlüsse zu ignorieren.[36] Der langjährige Parteiführer Clement Attlee traf wohl den Nagel auf den Kopf, als er im März 1952 zusammenzufassen suchte, was den meisten in der Partei beim Thema deutsche Wiederbewaffnung Kopfschmerzen bereitete: „I do not think that the people of this or any other country would be prepared indefinitely to pay in manpower and money for the defence of the Germans while the Germans do nothing. On the other hand, there is a very real fear of the re-emergence of German militarism."[37]

Die Niederschlagung des Ostberliner Aufstands verstärkte noch die Unstimmigkeiten innerhalb der Partei. Für die einen war es das bislang deutlichste Zeichen für die aggressiven Absichten der Sowjetunion. Sie beton-

---

[34] Diary of Hugh Dalton, August 1951. Zit. nach Morgan, Labour, S. 430.

[35] Foreign Affairs Group of the PLP, Sitzungsprotokoll vom 28. Februar 1952, in: Labour Party Archiv, Manchester.

[36] Philip Noel-Baker, Foreign Policy and Brass Tacks, in: Socialist Commentary, Mai 1954, S. 144-6.

[37] Clement Attlee, The Best Way to Peace in Europe, in: Daily Herald, 6. März 1952.

ten, daß jedwede Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen bloße Illusion sei. Daher solle man Gespräche mit den Sowjets abbrechen und zielstrebig auf die Eingliederung der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungsbündnis hinarbeiten. Für Politiker wie Donnelly war dies ein simples Gebot des politischen Realismus:

> „ ... so complete is the Communisation of East Germany that this in itself constitutes a major barrier to unification. I was [...] now quite certain that the aims of future British policy must be integration of West German rearmament into a defence system that we can control. Equally I was certain that East Germany – the Deutsche Demokratische Republik – is a living Communist state, well on the way to complete Communism. Our task as a British nation is to take note of these facts and act accordingly."[38]

Auf der Parteilinken dagegen gab es zahlreiche Stimmen, die nach wie vor auf eine Verhandlungslösung mit der Sowjetunion setzten. Crossman etwa argumentierte in einer Sitzung des außenpolitischen Ausschusses der Fraktion im Juli 1953, daß man trotz des Aufstandes nichts unternehmen solle, was die Sowjets dazu bringen könne, dem Verhandlungstisch den Rücken zu kehren:

> „My own view is that, [...] the risks of permitting a divided Germany to become a monstrous European Korea considerably outweigh the risks of seeking a peaceful unification of Germany at the cost of postponing German rearmament."[39]

Crossman trat auch in der Folgezeit nachdrücklich für eine Neutralisierung eines wiedervereinigten Gesamtdeutschland ein:

> „The only way out of the impasse is to stop trying to win Germany over to the West and to go back to the policy of seeking to neutralise Germany, i.e. to ensure that her military strength is added neither to the West nor to the East."[40]

Bevan gab 1954 gar seinen Schattenkabinettsposten auf, um effektiver gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik agieren zu können. Er hielt eine friedliche Lösung des Deutschlandproblems und eine einvernehmliche Beilegung des Kalten Krieges für durchaus möglich, würde man zunächst einmal im Westen die berechtigten Sicherheitsinteressen der Sowjetunion anerkennen.[41] Die Herausgeber der *Tribune* benutzten den Ostberliner Auf-

---

[38] Donnelly, Barriers.

[39] Notes on the German Situation, in: Nachlaß Crossman, Modern Records Centre, Warwick University, MSS 154/3/AV/1/343.

[40] Richard Crossman, Notes on German Rearmament, in: Crossman Nachlaß, Modern Records Centre, Universität Warwick, MSS 154/3/AV/1/346.

[41] Siehe z.B. Aneurin Bevan, In Place of Cold War, in: Tribune, 17. Juli 1953, S. 4; idem, The Peasants Who Dictate to Moscow, in: Tribune, 27. Juli 1953, S. 4; ders., No Settlement of the German Problem Unless We Disarm, in: Tribune, 31. Juli 1953, S. 4.

stand gar dazu, verstärkte Bemühungen um eine Wiedervereinigung auf dem Verhandlungsweg mit den Sowjets einzufordern:

> „The workers in Germany have risked their lives to end rule by foreign armies and to secure the unity of their country. That end can only be gained by genuine negotiation with the Soviet Government. That is the demand of the German Social Democrats. It is a demand which should be supported by every Socialist all over the world."[42]

In dieser Frage fanden sich in der Tat die Minderheit der Parteilinken in der Labour Party in Übereinstimmung mit der Parteimehrheit der SPD, die zu diesem Zeitpunkt ebenfalls dem Ausloten aller Möglichkeiten einer Wiedervereinigung Deutschlands den Vorzug gab vor einer schnellen Westintegration. Emrys Hughes (MP für Ayrshire and Bute, 1946-69) wies sogar entrüstet darauf hin, daß diejenigen britischen Sozialisten, die einer Wiederbewaffnung der Bundesrepublik das Wort redeten, den konservativen Kräften in Deutschland um Konrad Adenauer in die Hände arbeiteten, demselben Adenauer, der laut Hughes die SPD beschuldigte, als fünfte Kolonne Moskaus zu agieren.[43] Auch Robert Edwards (MP für Bilston, 1955-74, und für Wolverhampton Southeast, 1974-87), Mitherausgeber der *Tribune* und ehemaliges Mitglied der internationalen Brigaden, erinnerte die Fraktion daran, daß eine Stimme für die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik eine Stimme für die dauerhafte Spaltung des europäischen Kontinents bedeute. Die Politik des westdeutschen Kanzlers sei, so Edwards, eine „prescription for war" in Europa.[44] Als Silverman im November 1954 den erklärten Willen der Fraktionsführung im Parlament ignorierte und gegen die Wiederbewaffnungspläne stimmte, erinnerte er seine Fraktionskollegen auch daran, daß ihre deutsche Schwesterpartei in vorderster Front gegen diese Pläne ankämpfe.[45]

III. Versuchte Einflußnahme von seiten der DDR

Doch offenbar war die Unterstützung der SPD eher ein untergeordnetes Motiv derjenigen, die eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ablehnten. Für manche, vor allem pazifistisch ausgerichtete Labour-Politiker, war die Furcht maßgeblich, ein wiederbewaffnetes Deutschland würde zu einem nicht endenden Wettrüsten der Supermächte beitragen, das die Gefahr eines atomaren Krieges in Europa erhöhen würde.[46] Es gibt auch Hinweise darauf, daß man auf seiten der britischen Linken die Propaganda der DDR, die die

---

[42] Editorial, Confessions of a Stooge, in: Tribune, 3. Juli 1953, S. 1.
[43] Emrys Hughes, How Dr Adenauer Did It, in: Tribune, 11. September 1953, S. 3.
[44] Robert Edwards, God and Dr Adenauer, in: Tribune, 10. Juli 1953, S. 4.
[45] Hughes, Silverman, S. 130, 135.
[46] Siehe z.B. Frank Allaun, Letter to the Guardian, 17. Oktober 1963, Frank Allaun Nachlaß, Working-Class Library, Salford.

Bundesrepublik permanent als faschistischen Staat brandmarkte, durchaus ernst nahm. Waren frühere Nazis denn nicht in führenden Positionen der Bundesrepublik reichlich vertreten? War die DDR, die sich selbst im Ausland vor allem als antifaschistischer Staat darstellte, letztlich nicht doch das bessere Deutschland? Britische Labour-Abgeordnete wie Zilliacus und Gewerkschafter wie Will Paynter wurden von der DDR nicht ohne Grund mit der Medaille „Kämpfer gegen den Faschismus" geehrt.[47] Selbst Donnelly, dessen antikommunistische Grundeinstellung nicht bezweifelt werden kann, schrieb nach einem Besuch der Bundesrepublik im Jahre 1954: „Many ex-Nazis are in leading positions and do not disguise their hatred of Russia. [...] There is anti-British feeling too."[48]

Im Hinblick auf die DDR-Propaganda war eine achtseitige, vierzehntäglich auf englisch erscheinende Zeitschrift, *Democratic German Report*, von besonderer Bedeutung. Herausgegeben wurde sie zwischen Januar 1952 und Dezember 1975 von John Peet, einem britischen Reporter, der 1950 die Nachrichtenagentur Reuter aus ideologischen Gründen verließ, um nach Ostberlin zu gehen. In seiner Zeitschrift, die immerhin in einer Auflage von 30.000 Exemplaren erschien, versuchte er nicht nur, angeblich falsche Berichte über die DDR zu widerlegen, sondern er konzentrierte sich vor allem darauf, die Verbindungen zahlreicher prominenter westdeutscher Persönlichkeiten zur nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands nachzuweisen und vor einer Remilitarisierung der Bundesrepublik zu warnen.[49] Die Parteizentrale der Labour Party war sich des Propagandacharakters der Zeitschrift voll bewußt: „Of course, it is published by the Communists in East Berlin, and contains all the usual distortions of fact."[50] Dennoch bezogen sich zahlreiche Labour-Abgeordnete bei ihren Anfragen an die Regierung auf Informationen aus dem *Democratic German Report*.[51] Auch der in den fünfziger Jahren zeitweilig in Ostberlin ansässige Reuter-Journalist und Mitglied der Labour Party, Peter Johnson, bestätigte in einem Interview den Einfluß von Peets Zeitschrift in Großbritannien.[52] John Green, der in den

---

[47] Communist Party International Department files, Labour Party Archiv, Manchester.

[48] Desmond Donnelly, Nothing Can Stop the Germans Rearming, in: Daily Mail, 6. September 1954, Nachlaß Donnelly, National Library of Wales, Aberystwyth.

[49] Peet, Engagement, bes. Kapitel 28 bis 30.

[50] Brief des internationalen Sekretärs der Partei an alle Fraktionsmitglieder vom 10. Januar 1956, in: Labour Party International Department files, Labour Party Archiv, Manchester.

[51] Becker, DDR, S. 261. Becker verläßt sich hier auf die Angaben von Otto Frei, der in der Neuen Zürcher Zeitung in den fünfziger Jahren eine Artikelserie zu den Beziehungen zwischen Großbritannien und der DDR schrieb. Es ist im nachhinein unmöglich festzustellen, woher Frei diese Informationen bekommen hatte.

[52] Interview mit Peter Johnson vom 8. März 2001. Transkript des Interviews im Besitz von Stefan Berger.

sechziger Jahren als Kameramann für das DDR-Fernsehen in Großbritannien tätig war, bestätigte, daß es immer eine Anzahl von Labour-Abgeordneten gab, die dazu bereit waren, vor laufenden Kameras positive Aussagen über den zweiten deutschen Staat abzugeben.[53]

In den fünfziger und sechziger Jahren gab es in der Tat eine Gruppe von in der Regel der Parteilinken angehörenden Labour-Abgeordneten, die enge Verbindungen zu DDR-nahen Organisationen unterhielten. Von zentraler Bedeutung war hier vor allem die offiziell am 8.1.1965 gegründete *British-Democratic German Exchange* (BRIDGE), die im Jahre 1973 in eine *British-GDR Friendship Society* umgewandelt wurde. BRIDGE sollte die britische Öffentlichkeit über die DDR informieren, den Austausch zwischen beiden Ländern intensivieren und zur Normalisierung der Beziehungen beitragen. Auf der ersten Veranstaltung der bei Gründung nur circa 40 Personen umfassenden Vereinigung, die im Mai 1965 im Shaftesbury Hotel in London stattfand, waren 290 Vertreter von britischen Gewerkschaften (*Amalgamated Engineering Union, Amalgamated Society of Woodworkers, National Union of Mineworkers, Plumbers' Trade Union*) und *Trades Councils* ebenso anwesen wie Mitglieder der Kommunistischen Partei, der Labour Party, der Genossenschaftsbewegung, der Frauenbewegung und der Friedensbewegung. Sie hörten eine Reihe von Vorträgen zur Geschichte und gesellschaftlichen Entwicklung der DDR, die unter dem Rahmenthema „Die DDR in der Welt von heute" abgehalten wurden.[54] Die Vorgeschichte von BRIDGE reicht allerdings wohl bis in die frühen sechziger Jahre zurück, als es der von Kurt Kann geleiteten britischen Sektion der Gesellschaft für Völkerfreundschaft der DDR unmittelbar nach dem Mauerbau 1961 gelang, in Hilda Forman eine Frau zu finden, die aus ihrem Engagement in der Kommunistischen Partei Großbritanniens heraus bereit war, für die DDR in der britischen Öffentlichkeit eine Lanze zu brechen. Forman, die sich nach eigenen Angaben zur Zeit des Mauerbaus in der DDR aufhielt, war angewidert von den ihrer Meinung nach offensichtlichen Versuchen westlicher Medien, die DDR in ein schlechtes Licht zu rücken:

> „It seemed to me [...] that this country needed to be explained, they needed to be recognised. There's a terrible unfairness and they have got a terrible air of enmity around them. The role of the West Germans at the time was appalling, awful. [...] And you felt somehow that you could not stomach this, that you had to do something ..."[55]

---

[53] Interview mit John Green vom 11. Dezember 2000. Transkript des Interviews im Besitz von Stefan Berger.

[54] Brief an die Mitglieder der Deutsch-Britischen Gesellschaft vom 15.7.1965, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 13/2103: German Report.

[55] Interview mit Hilda Forman vom 1. August 2000. Transkript des Interviews im Besitz von Stefan Berger.

BRIDGE organisierte jedes Jahr etwa ein halbes Dutzend öffentliche Veranstaltungen in London, die vor allem einem linken Publikum Informationen über die DDR liefern sollten. Der Nationalfeiertag der DDR wurde jedes Jahr mit einem eigenen Festakt begangen. Forman organisierte auch jährlich zwei bis drei Delegationen sowie ebensoviele Wochenendkurse in der DDR, an denen vor allem Persönlichkeiten aus der britischen Arbeiterbewegung teilnahmen. Auch außerhalb Londons waren Zweigstellen von BRIDGE eingerichtet worden, die ihre eigenen Aktivitäten koordinierten. Birmingham und der Bezirk West Midlands waren besonders aktiv. Die Finanzierung von BRIDGE erfolgte weitgehend über die Gesellschaft für Völkerfreundschaft. Im Jahre 1963 etablierte die DDR eine eigene Deutsch-Britische Gesellschaft (DEBRIG), die als Gegenstück zu BRIDGE fungieren sollte. Vorzügliche Beziehungen existierten auch zur seit 1959 in London ansässigen Handelsvertretung der DDR, der Kammer für Außenhandel (KfA Ltd).[56] Deren Vertreter sprachen regelmäßig auf Veranstaltungen von BRIDGE.

Die Außenpolitiker der DDR suchten über informelle Kanäle, wie BRIDGE, Einfluß auf die britische Deutschlandpolitik zu nehmen. Auch DEBRIG diente vor allem dazu, Kontakte zwischen der DDR und Großbritannien auf allen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu fördern. Ab 1965 veranstaltete die DDR in direkter Anlehnung an die in der Bundesrepublik stattfindenden Königswinter-Konferenzen die sogenannten Potsdamer Gespräche, die vor allem britische und ostdeutsche Politiker, Parlamentsabgeordnete, Gewerkschafter, Lehrer und Angehörige des öffentlichen Dienstes zusammenbringen sollten. Die offizielle Nichtanerkennungspolitik des Westens, von der Bundesrepublik durch die Verabschiedung der „Hallstein-Doktrin" 1955 noch einmal untermauert, sollte durchbrochen werden.[57] Da man mit westlichen Regierungen direkt keinen Kontakt aufnehmen konnte, suchte man über Handelsbeziehungen und Freundschaftsgesellschaften Einfluß zu nehmen. In Großbritannien war das vorrangige Ziel dieser Bemühungen die Labour Party. Die eigentliche Schwesterpartei der SED, die Communist Party of Great Britain (CPGB), war innerhalb des Landes zu unbedeutend, um einen maßgeblichen Einfluß auf die Politik ausüben zu können. Zudem waren die Beziehungen zwischen der SED und CPGB nicht immer ungetrübt. Es gab zum Teil erhebliche ideologische Differenzen, und auch persönliche Kontakte waren eher schwach ausgeprägt. Die SED finanzierte zwar 1953 die Restaurierung der Grabstätte von Karl Marx auf dem Friedhof von Highgate, aber das schien auch bereits der Hö-

[56] Howarth, KfA.

[57] Zu dem oft aberwitzigen Kampf der beiden deutschen Staaten für oder gegen eine Aufwertung der DDR im Zeichen der „Hallstein-Doktrin" siehe jetzt auch Kilian, Hallstein-Doktrin.

hepunkt der bilateralen Parteibeziehungen.[58] Für die SED war es in vielerlei Hinsicht interessanter, ihre Kontakte zur Labour Party zu intensivieren. Hier handelte es sich um eine potentielle Regierungspartei, deren Führer erheblichen Einfluß innerhalb der westlichen Staatengemeinschaft ausüben konnten.

IV. DDR-Sympathisanten in der Labour Party

Wie bereits angedeutet, gab es auf der äußersten Parteilinken durchaus eine Gruppe von Abgeordneten, die ideologische Sympathien für die DDR als angeblich sozialistischen Staat zeigten, während sie die Bundesrepublik als kapitalistischen Staat ablehnten. Furcht vor einem Wiederaufleben des deutschen Faschismus mischte sich mit Neid angesichts der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik. Der erklärte Wille führender deutscher Politiker, die Bundesrepublik zur Nuklearmacht zu machen, die Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze und die Wahlerfolge der NPD in der Bundesrepublik Mitte der sechziger Jahre – all diese Ereignisse bestärkten nur ein ohnehin bereits weit verbreitetes Unbehagen über den neuen Bündnispartner. Schon in den Debatten um die Wiederbewaffnung tauchten immer wieder Verweise auf die nationalsozialistische Vergangenheit der Bundesrepublik auf. So hieß es etwa in einer Broschüre der Anhänger Bevans mit dem Titel *It Need Not Happen: The Alternative to German Rearmament* von 1954, daß eine westdeutsche Armee "Nazi-led and Nazi-trained" sein würde. Bevan, Crossman, Harold Wilson und Barbara Castle zeichneten u.a. für dieses Pamphlet verantwortlich.[59]

Diverse Kampagnen der DDR gegen eine vermeintliche oder tatsächliche nationalsozialistische Vergangenheit prominenter Persönlichkeiten der Bundesrepublik wurden auch von Labour-Abgeordneten unterstützt. So leitete etwa Platts-Mills in seiner Funktion als Vizepräsident der *International Association of Democratic Lawyers* und Vorsitzender von dessen britischen Ableger, der *Haldane Society*, ein Team internationaler Rechtsexperten, das belastendes Beweismaterial gegen General Adolf Heusinger, den Vertreter der Bundesrepublik im NATO-Rat, zusammentrug.[60] Im Parlament unterstützten die Abgeordneten Stephen Swingler (MP für Stafford, 1945-50, und Newcastle-under-Lyme, 1951-69) und Will Owen (MP für Morpeth, 1954-70) die Kampagne gegen Heusinger. Labour-Abgeordnete sprachen sich auch für die Ausstrahlung eines DDR-Dokumentarfilms über die Nazivergangenheit eines anderen westdeutschen Generals, Hans Speidel, in Groß-

[58] Zu den Beziehungen zwischen CPGB und SED siehe Communist Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester. Vgl. auch Hoff, „... Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy", S. 200f.

[59] Zitiert nach Watt, Labour, S. 860.

[60] Adolf Heusinger's Crimes: Documents (Moscow 1962).

britannien aus, und sie unterstützten eine Anzahl anderer Propagandaaktionen der DDR, so die Proteste anläßlich des Besuches von Konrad Adenauer oder die Feierlichkeiten zum zehnjährigen Bestehen der DDR 1959.[61] Als die Aufenthaltsgenehmigung des Korrespondenten des *Neuen Deutschland* in London, Franz Krahl, von der britischen Regierung 1960 nicht verlängert wurde, bemühten sich Labour-Abgeordnete wie Emanuel Shinwell und Arthur Lewis nachhaltig darum, diese Entscheidung rückgängig zu machen.[62]

Eine Gruppe linker schottischer Labour-Abgeordneter veröffentlichte nach einer Reise durch die DDR im Juni 1960 eine Stellungnahme im *Neuen Deutschland*, in dem sie ein militaristisches und potentiell faschistisches Westdeutschland einer friedliebenden sozialistischen DDR gegenüberstellten:

> „The members of Parliament emphasised particularly that the resurrection of militarism in West Germany is one of the chief dangers for peace in Europe. They agreed with Otto Grotewohl's conclusions that the position in West Berlin is one of the chief causes of tension in Europe. Public opinion is also gravely concerned in Great Britain about the danger of resurrected fascism and militarism in West Germany. If West Berlin became a demilitarised free city, declared the British Members of Parliament, this could be a good example for the whole of Germany. [...] It was agreed that because of these common interests there was a need for closer relationships between the British Labour Party and the Socialist Unity Party of Germany and for further exchanges of delegations. In his concluding speech Gourlay [MP für Kirkcaldy, 1959-87], the leader of the British delegation, wished new success to the DDR in its policy of construction and its struggle for peace."[63]

Als die NPD Mitte der sechziger Jahre erstarkte, malten Labour-Abgeordnete wie Frank Allaun (MP für Salford East, 1955-83) das Schreckensbild eines faschistischen Westdeutschland, von dessen Boden ein erneuter Weltkrieg ausbrechen könnte: „what tragic farce if history repeated itself with world war starting, for a third time, in Germany."[64]

Eine Bereitschaft, der DDR als sozialistischer Gesellschaft den "benefit of the doubt" zu geben, mischte sich häufig mit einer pazifistischen und hu-

---

[61] Zur britischen Rezeption des DDR-Dokumentarfilms *Teutonic Sword*, der sich mit Speidels angeblichen Kriegsverbrechen und seiner nationalsozialistischen Vergangenheit auseinandersetzt, siehe Hogenkamp, Film, S. 78-84; zu den anderen Aktionen vgl. Hoff, „... Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy", S. 202.

[62] HOCP, Bd. 631, 28. November 1960, col. 29f. Krahl konnte im Frühjahr 1961 nach London zurückkehren, mußte allerdings bereits im Januar 1962 das Land wieder verlassen, nachdem die Regierung sich entschlossen hatte, als Reaktion auf den Mauerbau seine Aufenthaltsgenehmigung nicht zu verlängern.

[63] Neues Deutschland, 14. Juni 1960. Übersetzung in Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[64] Reynolds News, 1. März 1966, S. 2.

manistischen Grundeinstellung[65] sowie einer Abneigung gegenüber westlicher antikommunistischer Greuelpropaganda.[66] So sah William Wilson (MP für Coventry South, 1964-83), der langjährige Vorsitzende sowohl der *British-Soviet Friendship Society* als auch der *Britain-GDR Friendship Society*, seine eigene Tätigkeit als Ausdruck des Versuches, einen erneuten Krieg in Europa zu verhindern. Seine Dankbarkeit für die Opferbereitschaft der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg vermischte sich mit dem Verlangen, die kommunistischen Gesellschaften aus ihrer Isolation und Frontstellung gegen den Westen herauszulösen.[67] Ähnliche Absichten verfolgte wohl auch eine Labour-Delegation, die sich nach einer Reise durch die DDR gegenüber dem *Neuen Deutschland* wie folgt äußerte:

> „We have seen everything we wanted to see without any obstacles being put in our way. [...] we have noticed no sign of tension whatsoever during the whole of our journey. We spoke freely and frankly to people from the most varied classes and districts and as far as we can judge the men and women are just as unconstrained as the men and women in Great Britain. We consider it our duty to make this known to our people at home, as enough harm has already been done by false propaganda."[68]

Äußerst selten wurde die DDR als Vorbild für die Entwicklung der eigenen Gesellschaft betrachtet. Allerdings konnten die 'sozialistischen Errungenschaften' der DDR durchaus dazu dienen, die eigene Regierung bzw. Parteiführung daran zu erinnern, was es hieß, sozialistische Politik zu gestalten.[69] So äußerte sich eine im Juli 1956 die DDR bereisende inoffizielle (aber hochrangige) Delegation der Labour Party[70] sehr positiv über den „magnificent social and industrial progress" des Landes: „As far as social institutions are concerned [...] what has been achieved here cannot be surpassed by any other country."[71] Selbst Abgeordnete auf der Parteirechten zeigten sich von den Potemkinschen Dörfern, die ihnen in der DDR vorgesetzt wurden, beeindruckt und lobten den Antifaschismus und den Sozialstaat. Nach Ein-

---

[65] Siehe z.B. Frank Allauns "Bathrooms not Bombs" Kampagne. Details in Allaun, Struggle, S. 8.

[66] Abneigungen gegen den Antikommunismus sind besonders deutlich bei William Wilson und John Platts-Mills. Siehe Interview mit John Platts-Mills, 4. Juli 1999, sowie Interview mit William Wilson, 24. Mai 1999, Transkripte beider Interviews im Besitz von Darren Lilleker.

[67] Brief von William Wilson an Darren Lilleker, 19. Mai 1999.

[68] Neues Deutschland, 11. Mai 1957. Übersetzung in Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[69] Interview mit Norman Atkinson vom 1. Dezember 1998, Transkript im Besitz von Darren Lilleker.

[70] Es gab vor 1973 keinerlei offizielle Delegationen der Partei in die DDR. Allerdings besuchten viele Labour-Politiker die DDR.

[71] Press report of Allgemeine Deutsche Nachrichtenagentur. Übersetzung in Labour Party International Dept. files; Labour Party Archiv, Manchester.

schätzung einiger Labour-Abgeordneter waren die sozialistischen Zielsetzungen von DDR-Führung und britischer Arbeiterpartei eng verwandt.

V. Die DDR als Streitfaktor zwischen Labour Party und SPD

Die offizielle Außenpolitik der DDR bemühte sich, auf diesen Entwicklungen aufzubauen und in der Labour Party die Unterstützung für eine Anerkennung der DDR zu fördern. Sie lud Labour-Abgeordnete gern in die DDR ein, und bis 1959 waren rund ein Viertel aller Parlamentarier der Partei einer solchen Einladung gefolgt.[72] Diese Form des Polit-Tourismus diente vor allem dazu, den Abgeordneten Stellungnahmen zu entlocken, die von der DDR dazu verwandt wurden, die Anerkennungspolitik zu forcieren. Da die wenigsten Labour-Abgeordneten, die die DDR bereisten, des Deutschen mächtig waren, kann wohl nicht ausgeschlossen werden, daß die ostdeutschen Zeitungen und Nachrichtendienste auch so manches Zitat aus seinem Kontext herauslösten, um den gewünschten Effekt zu erzielen.[73] Diese Strategie war immerhin so erfolgreich, daß sie geharnischte Proteste der westdeutschen Sozialdemokratie bei der britischen Labour Party nach sich zog. Dem internationalen Sekretär der Labour Party war bereits im Sommer 1956 sehr bewußt, daß die häufigen Besuche von Labour-Abgeordneten in der DDR durchaus problematisch waren. Zugleich betonte er allerdings, daß die Partei gegenüber ihren Abgeordneten über keinerlei Mittel verfügte, sie von diesen Reisen abzuhalten: „The difficulties of doing anything about this are very great. [...] there are presumably no effective ways of discouraging visits or of giving suitable advice."[74] Abgeordnete im britischen Unterhaus waren letztlich nur ihren Wahlkreisen Rechenschaft schuldig.

Allerdings war die Parteiführung der Labour Party wohl auch nicht besonders darum bemüht, alles daran zu setzen, der Reiselust ihrer Abgeordneten Grenzen zu setzen. Als der Berliner Parteivorsitzende Franz Neumann im Mai 1957 an den Vorsitzenden der Labour Party schrieb, um sich darüber zu beschweren, daß sich Labour-Abgeordnete durchaus unkritisch zum Sprachrohr der DDR-Propaganda machen ließen,[75] reagierte Gaitskell einerseits, indem er betonte, daß es von offizieller Seite keinerlei Unterstützung des SED-Regimes gäbe. Wie er in seiner Antwort an Neumann formulierte, verurteilte die Labour Party die „brutal repression [...] under which the peo-

---

[72] Siehe Henning Hoffs Beitrag in diesem Band.

[73] Becker, DDR, S. 241ff. geht explizit davon aus, daß die DDR Aussagen der Abgeordneten bewußt verfälschte und umdeutete, um sie für die eigene Propaganda besser ausnutzen zu können.

[74] Brief an H.W. Bowden vom 27. Juli 1956, in: Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[75] Offener Brief Neumanns an Gaitskell, in: Vorwärts, 25. Mai 1957. Original in Labour Party International Department files, Labour Party Archiv, Manchester.

ple in the Soviet Zone have to live at present." Er unterstrich auch die Bereitschaft der Partei, sich weiterhin für politische Gefangene in der DDR einzusetzen und begrüßte den Vorschlag Neumanns, daß Labour-Abgeordnete, die in die DDR zu reisen beabsichtigten, sich zunächst einmal bei der SPD in Berlin über die kommunistischen Praktiken informieren sollten. Aber zugleich betonte Gaitskell, daß es in seinen Augen keinen Sinn mache, jeglichen Kontakt zu osteuropäischen Staaten abzubrechen. Die Mauer des Schweigens, die von den osteuropäischen Kommunisten errichtet worden sei, müsse durchbrochen werden. Dies könne nur geschehen, so der Vorsitzende der Labour Party, indem man in diesen Staaten Kontakte zur Bevölkerung herzustellen versuche.[76]

Der *Chief Whip* der Labour-Fraktion, H.W. Bowden, schrieb dann auch tatsächlich an alle Abgeordneten im Juni 1957, um sie aufzufordern, sich vor eventuellen Besuchen in Ostdeutschland zunächst einmal mit der westdeutschen SPD in Verbindung zu setzen.[77] Es sollte jedoch auch in den folgenden Jahren immer wieder zu Spannungen zwischen der SPD und der Labour Party kommen, wenn Labour-Abgeordnete in der DDR-Presse den zweiten deutschen Staat anzuerkennen und in seiner Politik zu unterstützen schienen.[78] Im Juli 1960 reiste gar eine hochrangige SPD-Delegation nach London, um mit der Führung der Labour Party das Problem der die DDR unterstützenden Labour-Abgeordneten zu besprechen. Erich Ollenhauer, Herbert Wehner und Fritz Erler sahen letztere als Werkzeuge in den Händen der kommunistischen Machthaber in Ostberlin, die sich bemühten, die Beziehungen zwischen Labour Party und SPD nachhaltig zu stören. Im November 1960 beschwerte sich Erler erneut bei der Labour-Führung über Äußerungen von Zilliacus, der Willy Brandts Haltung in Berlin kritisiert, zusammen mit zwei weiteren Abgeordneten, William Warbey (MP für Luton, 1945-50) und Tom Swain (MP für Derbyshire Northeast, 1959-1979) den Gründungskongreß der Deutschen Friedensunion (laut SPD eine kommunistische Frontorganisation) besucht und sich wiederholt für eine de-facto-Anerkennung der DDR ausgesprochen hatte.[79] Solche wiederholten Interventionen der SPD bei der Labour-Führung stießen bei linken Politikern dieser Partei wiederum auf starke Ablehnung. Stephen Swingler etwa äußerte sich sehr kritisch gegenüber Len Williams:

---

[76] Brief Gaitskells an Neumann, abgedruckt in: Vorwärts, 19. Juli 1957.

[77] Brief Bowdens an alle Mitglieder der Labour Fraktion vom 28. Juni 1957, in: Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[78] Siehe z.B. Brief Kurt Mattick an Hugh Gaitskell vom 15. Juni 1960, in: Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[79] Zur Kritik Erlers an Zilliacus siehe Brief von Frank Barlow, dem Fraktionssekretär, an den National Agent der Partei, Len Williams, vom 23. November 1960, in: Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

„I think it should be pointed out to the SPD that it is a desirable thing that Labour MPs should visit the Communist countries. [...] It is not necessary for the SPD in Berlin to lecture visiting Labour MPs on the black record of Soviet Communism. [...] It does not contribute to better understanding and closer relations for SPD spokesmen to concentrate on attacking the policies of disengagement and arms limitation for which the Labour Party stands. [...] The SPD leaders should note that to the extent that they fail to stand up against militarist and neo-Nazi tendencies in the West and depart from democratic socialist ideas they provide effective propaganda for the East German Communists."[80]

VI. Handels- und Entspannungspolitik im Zeichen von zweiter Berlinkrise und Mauerbau

Es waren vor allem Mitglieder der Parteilinken, die sich vor den Karren der DDR-Außenpolitik spannen ließen. Sie arbeiteten z.T. eng mit BRIDGE zusammen, und sie waren es auch, die sich im März 1961 zu einer *East-West Trade Parliamentary Group* im Unterhaus zusammenschlossen. Diese sehr lockere Gruppierung von überwiegend Labour-Abgeordneten gab der DDR im Unterhaus eine gewisse Präsenz und Legitimität. Ihre Mitglieder, wie Renée Short, betonten, daß Großbritannien sich nicht ins Schlepptau der Interessen der Bundesrepublik begeben, sondern statt dessen ihre eigenen Interessen, und zwar besonders Handelsinteressen, wahrnehmen solle.[81] Short, immerhin nicht nur von 1964 bis 1987 Unterhausabgeordnete für Wolverhampton, sondern von 1970 bis 1981 auch Mitglied des Parteivorstandes, gehörte zu den rührigsten Befürwortern einer Anerkennung der DDR. In den sechziger und siebziger Jahren besuchte sie die DDR fast jedes Jahr.[82] Der Labour-Abgeordnete Ian Mikardo (MP für Reading 1945-55, Poplar 1964-74, und Tower Hamlets, 1974-93) baute sein eigenes Import-Export Unternehmen auf, das vor allem den Handel mit Osteuropa im Auge hatte und an dem Mikardo einträglich verdiente.[83] Zahlreiche Labour-Abgeordnete wie Robert Maxwell (MP für Buckingham, 1964-70), Will Owen, Arthur Lewis (MP für Upton, 1945-50, West Ham North, 1950-74, und Newham Northwest, 1974-83), Leslie Plummer (MP für Deptford, 1955-63 und stellvertretender Vorsitzender der *East West Trade Parliamentary Group*), John Stonehouse (MP für Wednesbury, 1957-74, und Walsall 1974-76) und William

---

[80] Brief Swinglers an Williams vom 11. Februar 1961, in: Labour Party International Dept. files, Labour Party Archiv, Manchester.

[81] Siehe z.B. Shorts Interventionen in parlamentarischen Debatten im Jahre 1967: HOCP, Bd. 750, 14. April 1967, col. 2116 sowie HOCP, Bd. 753, 20. Juli 1967, col. 412.

[82] Becker, DDR, S. 269.

[83] Mikardo, Backbencher, S. 116f., 149, beschreibt sein Unternehmen als 'a little candle lighting up one corner of a dark world.'

Wilson, verfügten über exzellente Beziehungen zur KfA. Geschäftliche Interessen spielten sicher auch eine Rolle bei den Aktivitäten von Labour-Abgeordneten, und George Jeger (MP für Goole, 1950-1971) kritisierte diejenigen seiner Kollegen scharf, die seiner Meinung nach das Unterhaus durch ihre geschäftlichen Interessen in Verruf brachten.[84] Insgesamt dürften Jegers Vorwürfe jedoch überzogen sein. Bei den meisten seiner Kollegen waren die idealistischen Motive ausschlaggebender als der Profit.

Handelspolitische Argumente wurden allerdings zum Teil auch weit über die Parteilinke hinaus sehr ernst genommen. Mitte der sechziger Jahre meldeten selbst führende Labour-Politiker wie Douglas Jay (MP für Battersea North, 1946-74 und Wandsworth, 1974-83) und Gordon-Walker ihr Interesse an einer Verbesserung der britischen Handelsbeziehungen zur DDR an.[85] Es gab wohl in ganz Westeuropa – und zwar nicht nur auf der Linken – erhebliche Illusionen, was die Wirtschaftskraft der DDR anbetraf. Bereits 1959 notierte Johnson in sein Tagebuch, daß der zweite deutsche Staat die fünftgrößte Industriemacht Europas sei.[86] Im Juni 1971 beschrieb ein die Anerkennung der DDR einfordernder offener Brief an die *Times*, der u.a. von Crossman und zahlreichen anderen Labour Abgeordneten unterzeichnet worden war, den zweiten deutschen Staat als „one of the most significant European states."[87] Der Brief selber ging auf die Initiative des 1970 gegründeten *British Committee for the Recognition of the GDR* zurück, eines lockeren Zusammenschlusses verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen in Großbritannien, der von der im Auftrag der DDR tätigen Firma *Lex Hornsby and Partners* koordiniert wurde. Insgesamt konnte die ökonomische Selbstdarstellung der DDR in weiten Teilen des westlichen Auslands auf bereitwillige Aufnahme hoffen.

Die ersten inoffiziellen Handelskontakte zwischen Großbritannien und der DDR gingen auf das Jahr 1955 zurück. Der erste offizielle Vertrag zwischen KfA und der *Federation of British Industries* wurde 1959 unterschrieben. Vor 1973 rückte Großbritannien zum zweitwichtigsten Handelspartner der DDR hinter der Bundesrepublik auf, die allerdings das wachsende Handelsinteresse Großbritanniens mit Mißtrauen verfolgte. Im Gegenzug warfen die britischen Labour-Politiker, die ein genuines Interesse an diesen Handelskontakten hatten, der Bundesrepublik eine heuchlerische Doppelmoral vor, trieb jene doch in weit umfangreicherem Maß Handel mit der DDR.[88] Besonders Parteilinke ließen sich vom Unmut westdeutscher Politiker nicht

---

[84] HOCP, Bd. 655, 15. März 1962, col. 1511. Siehe auch Jegers Artikel im Sunday Telegraph, 18. März 1962.

[85] Vgl. Henning Hoffs Beitrag in diesem Band.

[86] Johnson, Reporter, S. 143.

[87] Childs, Labour, S. 103.

[88] Bell, Politics, S. 38, 80, 115.

beeindrucken und reisten weiterhin gerne zur Leipziger Messe, die zum wichtigsten Treffpunkt und *jour fixe* für Handelskontakte der DDR mit dem westlichen Ausland avancierte.

Innerhalb der Partei blieb die Linke allerdings relativ bedeutungslos. Der Polit-Tourismus von Labour-Abgeordneten wurde von führenden Politikern der Partei wie Donnelly scharf verurteilt: „MPs should not accept Communist hospitality [...] nor act as entrepreneurs in the Cold War for personal gain. I have [...] felt deeply at the sight of British MPs being used as vehicles for Communist propaganda such as the East German campaign for recognition."[89] Auf die deutschlandpolitische Haltung der Partei konnte die Linke keinen großen Einfluß ausüben. Wichtiger war hier, daß bereits in den fünfziger Jahren bei der Parteiführung ein Umdenken in der europäischen Sicherheitspolitik einsetzte, das fundamentale Konsequenzen für die Deutschlandpolitik der Labour Party haben sollte. Je offensichtlicher es wurde, daß die DDR zumindest auf mittlere Sicht nicht von der Landkarte Europas verschwinden würde, desto unverständlicher schien der Parteiführung die Politik der Bundesrepublik, die jedweden Kontakt zur DDR mit einem Bann belegte.

Im Verlauf der zweiten Berlinkrise von 1958 entwickelten führende Mitglieder aller drei im Unterhaus vertretenen Parteien Vorschläge, die darauf hinausliefen, einer wie auch immer gearteten Anerkennung der DDR zuzustimmen, sollte die Sowjetunion dazu bereit sein, die Sicherheit Westberlins zu garantieren. Prominente Labour-Politiker wie Gaitskell und Healey zeigten großes Interesse an den Debatten um eine atomwaffenfreie neutrale Zone in Mitteleuropa. Sie schreckten allerdings in den fünfziger Jahren noch weitgehend davor zurück, ihren westdeutschen Bündnispartner mit den deutschlandpolitischen Konsequenzen einer solchen Sicherheitspolitik zu konfrontieren.

Nur auf der Parteilinken gab es eindeutige Bekenntnisse. So schrieb Silvermann 1958 in der ostdeutschen *Berliner Zeitung*: „The German Democratic Republic is a fact, just in the same way as the Chinese People's Republic is a fact and one does not escape facts by burying one's head in the sand like an ostrich."[90] Der Unterhausantrag von 49, weitgehend der Parteilinken angehörenden Labour-Abgeordneten vom Februar 1959, der eine de-facto-Anerkennung der DDR forderte, wurde von der Fraktionsführung abgelehnt. Nur vier Tage vor dem Mauerbau in Berlin hielt Plummer in der kommunistischen Tagespresse der Bundesrepublik vor, durch ihre Nichtanerkennung der Oder-Neisse-Grenze den Frieden in Europa nachhaltig zu gefährden. Nur die Anerkennung des Status quo in Europa würde eine langfristige Friedenspolitik garantieren: „the Soviet Union is the strongest military,

[89] Zitiert nach Dorril und Ramsay, Smear, S. 20.
[90] Zitiert nach Democratic German Report, 28. März 1958, S. 52.

political and economic force in the world today, and they [die Bürger der DDR] showed complete confidence in Russia as an ally."[91]

Als Plummer diesen Satz veröffentlichte, hatten Millionen DDR-Bürger bereits dem Land den Rücken gekehrt. Ihrer Abstimmung mit den Füßen, zugleich ein Mißtrauensantrag gegen die eigene politische Führung und deren sowjetische Mentoren, wurde am 13. August mit dem Bau der Berliner Mauer ein Ende gesetzt. Es war paradoxerweise der Mauerbau in Berlin, der die Labour-Führung dazu veranlaßte, ihre deutschlandpolitischen Konzeptionen offensiver zu vertreten. Zwar verurteilte die Partei den Bau der Mauer in zahlreichen offiziellen Stellungnahmen, und Labour-Abgeordnete spielten in der im September 1961 ins Leben gerufenen *Freedom-in-Berlin*-Initiative eine maßgebliche Rolle. Aber in den auf dem Parteitag 1961 verabschiedeten sicherheitspolitischen Vorstellungen der Partei, *Policy for Peace*, wird auch offenbar, daß die Labour Party aus dem Mauerbau nicht zuletzt die Konsequenz zog, die Existenz der DDR könne auf absehbare Zeit nicht mehr geleugnet werden:

> „Conference believes that any settlement must include acceptance by the Soviet Union and the German Democratic Republic of unrestricted freedom for the peoples of West Berlin and of free access by the Western Powers to Berlin. As part of an agreement guaranteeing these rights, the Western powers should be willing to recognise the present Eastern frontiers of Germany; could accept a de facto recognition for the regime in East Germany; and should propose an agreement on arms limitation in Central Europe, including the exclusion of nuclear weapons in accordance with previous statements of Labour policy."[92]

Wie Gaitskell auf demselben Parteitag formulierte, berührten sicherheits- und friedenspolitische Initiativen immer auch das deutschlandpolitische Problem. Der Parteiführer äußerte sich dazu noch einmal recht eindeutig: „some measure of de facto recognition for the East German government is perfectly possible."[93] Im Dezember 1961 sprach Harold Wilson im Unterhaus zwar gerade im Hinblick auf die Mauer von der DDR als einem großen Gefängnis, aber auch er befürwortete „some recognition that East Germany exists as a fact [...] whatever the strength of our desire may be for a united Germany."[94]

Solch moderate Forderungen nach einer irgendwie gearteten Anerkennung der DDR waren bereits ein deutlicher Affront gegen die offizielle Haltung der Bundesrepublik. Richard Crossman ging sogar noch einen Schritt weiter. Der Mauerbau sei, so Crossman, direkte Folge der inflexiblen Hal-

---

[91] Leslie Plummer, A Peace Treaty: Socialist Countries Mean Business, in: Daily Worker, 9. August 1961, S. 2.

[92] LPACR, 1961, S. 163.

[93] LPACR, 1961, S. 192.

[94] HCOP, Bd. 651, 20. Dezember 1961, col. 1468.

tung der Bundesregierung in der Anerkennungsfrage. Indem die USA und Großbritannien die Bundesrepublik in ihrer hartnäckigen Leugnung politischer Tatsachen bestärkt hätten, trügen auch sie Verantwortung für den Mauerbau. Nur ein rigoroser deutschlandpolitischer Richtungswechsel der Partei könne nun Abhilfe schaffen: „[to] start negotiations [mit der UdSSR] over the heads of the Germans [and] impose on them terms of co-existence with the communists on the other side of that wall which might never have been built but for the blind folly of their leaders and the weakness of their allies."[95] Crossmans Vorschläge wurden in der Parteiführung abgelehnt. Der Vorsitzende des internationalen Ausschusses der Labour Party, Sam Watson, bezichtigte Crossman, Westberlin aufgeben und die unmenschliche Regierung Ulbrichts in Ostberlin politisch aufwerten zu wollen.[96]

Harold Wilson leitete im Juni 1962 eine Labour Party-Delegation in die Bundesrepublik und nach Westberlin, die in einer offiziellen Stellungnahme noch einmal ihrer moralischen Entrüstung angesichts der Mauer Ausdruck gab. Dennoch blieb die Partei dabei, von der Bundesrepublik auch eine realistischere und flexiblere Politik gegenüber der DDR zu fordern. Auf dem Parteitag 1962 hieß es dazu in einer Resolution: „The West should show flexibility by a willingness to accept Germany's eastern frontiers [...] and some measure of recognition of the East German administration as a factual arrangement pending, and without prejudice to, ultimate reunification of Germany on the basis of free elections."[97] Wie es Michael Stewart, zwischen Januar 1965 und August 1966 Außenminister der Regierung Wilson, rückblickend formulierte:

> „The Federal Republic could not indefinitely continue to refuse to recognise East Germany, puppet state though it was. This refusal was a vain gesture, for there was no possibility, in the foreseeable future, of reuniting the two Germanies. As long as the FDR [Federal Democratic Republic] refused recognition it was open to suspicion, however ill-founded, that it was scheming to annex the East."[98]

Wilson selber hielt im März 1964 eine Rede, in der er das Ende der Regierung Adenauer auch in deutschlandpolitischer Hinsicht begrüßte: „The end of the Adenauer regime gives hope, limited so far, but hope, of a move from the rigid inflexible position of the past few years to more positive initiatives."[99]

Der Parteiführer und Premierminister Harold Wilson galt innerhalb der Partei als Linker. In den fünfziger Jahren war er ein enger Verbündeter Be-

---

[95] Richard Crossman, Berlin: Edge of a Pit, in: New Statesman, 28. August 1962, S. 222.
[96] Zur innerparteilichen Kritik an Crossman siehe Bell, Britain, S.102.
[97] LPACR, 1962, S. 69. Siehe auch selbst in der Formulierung ganz ähnliche Äußerungen Wilsons im Unterhaus: HCOP, Bd. 662, 5. Juli 1962, col. 780-3.
[98] Stewart, Life, S. 160.
[99] Wilson, Britain, S. 95.

vans. Er galt aber auch als Technokrat, der die ökonomische Planung sowjetischen Stils offen bewunderte.[100] Berührungsängste mit Vertretern kommunistischer Volksdemokratien in Osteuropa kannte er kaum.[101] Allerdings war er politisch schlau genug, um sich vor allem als Premierminister niemals irgendwelche Versprechen abringen zu lassen. Als Chef der britischen Regierung waren seine offiziellen Verlautbarungen zur Deutschlandpolitik immer in Übereinstimmung mit den Vorstellungen des westdeutschen Bündnispartners. Es war für die DDR-Außenpolitik ohne Frage eine schwere Enttäuschung, als Wilson im März 1965 nach Bonn und Westberlin fuhr, um dort vor Ort explizit die „Hallstein-Doktrin" anzuerkennen, den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zu unterstreichen und die britischen Sicherheitsgarantien für Westberlin zu erneuern. Soviel Politiker der Labour Party auch über eine Anerkennung der DDR nachdachten, so wenig waren Regierungen dieser Partei bereit, aktiv auf eine solche Anerkennung hinzuarbeiten.

Die eigene Parteilinke versuchte zwar verstärkt Druck auf die Parteiführung auszuüben, doch war ihren Aktionen kaum Erfolg beschieden. Short und Will Owen gründeten im Jahre 1966 ein *Britain-GDR Committee* im Unterhaus, an deren Treffen sich zwischen 40 und 80 Unterhausabgeordnete aller Fraktionen beteiligten, wobei die Labour-Fraktion besonders stark vertreten war. Auf der Parteilinken forderten zahlreiche Abgeordnete immer lautstärker die Anerkennung der DDR als Grundvoraussetzung für friedenssichernde Maßnahmen in Europa. So schrieb William Wilson 1967 in der kommunistischen Zeitung *Morning Star*: „political recognition [of the GDR] [...] and the universal acceptance of her boundaries [are] essential [...] to secure real peace in Europe."[102] Diejenigen Labour-Abgeordneten mit Sympathien für die DDR konnten einen ihrer wenigen Erfolge im Kampf gegen die bestehende Praxis verbuchen, keine Reisegenehmigungen für Besucher aus der DDR zu erlassen:[103] Unter der Labour-Regierung Harold Wilsons wurde diese sehr restriktive Handhabung der Erteilung von Visa gelockert. Aber als DDR-Truppen im Jahre 1968 an der Niederschlagung des Prager Frühlings beteiligt waren, dürfte dies die negative Wahrnehmung der DDR auf Seiten der britischen Linken nurmehr verstärkt haben. Selbst Crossman schrieb unter dem Eindruck der Ereignisse in Prag:

> „I've never been particularly fond of the Russians or in any way pro-communist. [...] Yet somehow I had persuaded myself over the last three or

[100] Pimlott, Wilson.

[101] Zu den DDR-Kontakten Wilsons siehe Hoff, „... Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy", S. 203.

[102] Morning Star, 19. März 1967, S. 2.

[103] Siehe z.B. Shorts Intervention im Unterhaus, HOCP, Bd. 738, 19. Dezember 1966, col. 994.

> four years that a change was setting in and that with the policy of peaceful co-existence the Russians would grow more civilised. But they are exactly as bad as they ever were."[104]

Im November 1969 besuchte auf Einladung des *Britain-GDR Committee* erstmals eine Abordnung ostdeutscher Parlamentarier Großbritannien. Im Anschluß an diesen Besuch unterzeichneten über 50 britische Abgeordnete eine Resolution, die die Regierung dazu aufrief, offizielle Beziehungen zur DDR aufzunehmen.[105] Aber insgesamt konnte dieses Gremium Regierungsentscheidungen keineswegs beeinflussen. Dazu verfügten die Abgeordneten über zuwenig direkte Verbindungen zur Regierung, und ihr spezifisches Anliegen stand auch im Gegensatz zu einem breiten, über die Parteigrenzen hinweg verbindlichen außenpolitischen Konsens, der auf die Empfindlichkeiten des Bündnispartners Bundesrepublik Rücksicht nahm. 1967 unternahm die DDR mit der Gründung eines *Permanent International Committee for the Recognition of the GDR* einen erneuten Versuch, in der westlichen Welt die eigene Anerkennung durchzusetzen. In Großbritannien konzentrierten sich die Anhänger dieser Intitiative vor allem auf den weiteren Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern. Als 1970 ein britischer Ableger, das *Committee for the Recognition of the GDR*, gegründet wurde, fanden sich Labour-Abgeordnete auf den Mitgliedslisten an prominenter Stelle: William Wilson, Allaun und Crossman tauchten dort allesamt auf. Auch die Mehrheit der 70 Abgeordneten, die im März 1970 im Unterhaus die Anerkennung der DDR forderten, kamen aus den Reihen der Labour Party. Der Einfluß dieses Komitees blieb allerdings gleichfalls eng begrenzt. In vielerlei Hinsicht kam seine Gründung zu spät. Die Ostpolitik, die von der sozialliberalen Regierung in der Bundesrepublik eingeleitet wurde, lief de facto bereits auf eine Anerkennung der DDR hinaus. Im März 1970 besuchte Willy Brandt die DDR, und der Moskauer Vertrag wurde im August 1970 unterzeichnet. Das britische Komitee rannte somit einerseits offene Türen ein, andererseits konnte es weder die britische Regierung noch die Labour Party dazu bringen, in der Frage der Anerkennung der DDR der westdeutschen Politik vorauszueilen. In der Deutschlandpolitik folgte letztlich die britische Politik, auch die Labour Party, der Politik der Bundesregierung in Bonn mit gebührendem Abstand. Noch 1972 machte der damalige außenpolitische Sprecher der Labour-Fraktion bei einem Besuch in der Bundesrepublik sehr deutlich, daß auch eine Regierung seiner Partei einer Entscheidung der Bundesrepublik in der Frage der Anerkennung der DDR auf gar keinen Fall vorgreifen werde.[106]

---

[104] Crossman, Diaries, Bd. 3, S. 179.

[105] Hoff, „... Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy", S. 201; Bell, Politics, S. 253-256.

[106] Bell, Politics, S. 117.

Dabei darf man allerdings davon ausgehen, daß die Labour-Führung den deutschlandpolitischen Vorstellungen Egon Bahrs und Willy Brandts sehr positiv gegenüberstand. Besonders Richard Crossmans Konzept einer Anerkennung der DDR als eines ersten Schrittes auf dem Weg zu einer friedlichen Koexistenz in Europa wies zahlreiche Parallelen zur Ostpolitik sozialdemokratischer Provenienz auf.[107] Crossman verwies auch explizit darauf, daß ein verstärkter Kontakt zwischen den beiden deutschen Staaten letztendlich die Deutschen näher zusammenbringen würde. Im Endeffekt hoffte auch er auf eine Art „Wandel durch Annäherung", der schließlich die Legitimität der DDR in den Augen ihrer Bürger weiter unterminieren würde. „Killing with kindness" – das war Crossmans Zielperspektive einer neuen ostpolitischen Initiative. Für Henning Hoff waren Crossmans Ideen gleichsam Ostpolitik vor der Ostpolitik: Inspiration, Modell und Ermutigung für eine westdeutsche Variante von Ostpolitik. Allerdings sind die verschlungenen Wege des intellektuellen Austauschs hier wohl noch zu wenig erforscht, um bereits endgültige Aussagen machen zu können. Klar ist bislang nur, daß die Labour-Führung nahezu einhellig die ostpolitischen Vorstellungen der SPD unterstützte. In seinen Memoiren bezeichnete George Brown Willy Brandt als seinen europäischen Lieblingspolitiker: „Thanks to Willy's courage and imagination, Germany may yet bring about the beginnings of a genuine détente between East and West."[108] Der Vorstand der Labour Party erklärte 1970 seine ausdrückliche Unterstützung der "Brandt initiatives" in der Ostpolitik.[109]

VII. Zusammenfassung

Insgesamt wird man im Hinblick auf die Politik der Labour Party gegenüber der DDR zwischen 1949 und 1973 festhalten dürfen, daß die Parteiführung weitgehend versuchte, das deutschlandpolitische Problem in den breiteren Kontext des Kalten Krieges einzubetten. In den offiziellen Stellungnahmen der Partei wurde die DDR nie anerkannt, und die Labour-Regierungen unternahmen nichts, was auf eine Politik der Anerkennung hätte hindeuten können. Labour verurteilte die Berliner Blockade 1948, die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes 1953, das Berlin-Ultimatum 1958 und den Bau der Berliner Mauer 1961. Nur eine Handvoll linker Labour-Abgeordneter unterstützte die Bemühungen der DDR, auch im westlichen Ausland Anerkennung und Legitimität zu erreichen. Die meisten Parteilinken mit Sympathien für die DDR waren friedensbewegte Pazifisten, die den Ausbruch eines er-

[107] Hoff, „... Largely The Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy", S. 212; siehe auch Bell, Politics, S. 234.

[108] Brown, Way, S. 252f.

[109] NEC, Developments in West German Relations with Eastern Europe, 1970, in: Labour Party International Department files, Labour Party Archiv, Manchester.

neuten Krieges in Europa fürchteten, Antikapitalisten, die die Vormachtstellung der USA im Westen kritisierten[110], Gegner des Kalten Krieges und seiner oft kruden Feindpropaganda sowie Kritiker der ebenso kapitalistischen wie wirtschaftlich erfolgreichen Bundesrepublik. Im Gegensatz zu zahlreichen westeuropäischen Sozialdemokratien hatte der Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Zwischenkriegszeit in Großbritannien kaum unüberwindbare Gräben zwischen den verfeindeten Arbeiterideologien aufgerissen. So gab es auch nach 1945 gerade bei Parteilinken durchaus Sympathien für kommunistische Frontorganisationen, für Versuche, die Spaltung der europäischen Arbeiterbewegung zu überwinden und für Ansätze eines Dialogs mit den kommunistischen Ländern Osteuropas. Eine Anerkennung der DDR schien linken Labour-Abgeordneten bereits in den fünfziger Jahren durchaus vereinbar mit ihren sozialistischen Prinzipien und ihrem Bemühen um Frieden und Stabilität in Europa.

Zwar gelang es ihnen immer wieder, die Frage der Anerkennung der DDR in einer breiteren Öffentlichkeit zu diskutieren. Einen größeren Einfluß auf die Führung der Labour Party oder gar die Labour-Regierungen dürfte die Parteilinke allerdings kaum ausgeübt haben. Gerade diejenigen in der Labour Party, die ideologische Sympathien für die DDR hatten, wie etwa Swingler oder Platts-Mills, waren eine verschwindende Minderheit, die von der Parteiführung weitgehend ignoriert oder aus der Partei ausgeschlossen wurde. Eine solche Einschätzung teilte auch der langjährige Sekretär von DEBRIG, Erich Friedländer. In einem 1968 verfaßten Bericht über die Möglichkeiten, eine Anerkennung der DDR in Großbritannien zu befördern, äußerte er sich skeptisch. Gerade unter der Linken, so Friedländer, gebe es kein großes Interesse an der DDR.[111]

Als die Frage der Anerkennung seit Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr allein von der Parteilinken, sondern nun auch von der Parteiführung aufgegriffen wurde, geschah dies aus einem Bemühen heraus, die heiße Phase des Kalten Krieges zu beenden. Gaitskell, Harold Wilson, Crossman und Healey suchten nun nach neuen Wegen einer effektiven Friedenssicherung in Europa. Jeder Weg dorthin schien ihnen auf eine de-facto-Anerkennung der DDR hinauszulaufen. Die Labour Party entwickelte dabei, wie Hoff überzeugend argumentiert, eine Art von Ostpolitik vor der (westdeutschen) Ostpolitik, die der inflexiblen, von der „Hallstein-Doktrin" dominierten Politik der Bundesrepublik zunehmend widersprach. Das bedeutete allerdings, auch im Selbst-

[110] Zur Politik der Labour Party gegenüber den USA nach 1945 siehe Goodman, Who is Anti-American?, und Jones, America.

[111] Becker, DDR, S. 254. Vergleiche aber auch Bell, Politics, S. 265, gegenüber der sich Friedländer in den siebziger Jahren dahingehend äußerte, daß in den sechziger Jahren nirgendwo die Chancen auf eine Anerkennung der DDR so gut gewesen seien wie in Großbritannien.

verständnis der Labour-Führung, keinesfalls, daß sie dazu bereit war, mit von ihnen ja als "Kryptokommunisten" denunzierten Abgeordneten wie Platts-Mills und Swingler gemeinsame Sache zu machen. Sympathien für einen Sozialismus à la DDR gab es bei der Labour-Führung kaum. Allerdings entwickelten einflußreiche Labour-Politiker durchaus frühzeitig Vorstellungen von einer alternativen realistischeren Außenpolitik unter den gewandelten internationalen Bedingungen von Entspannung und *disengagement*. Dabei nahmen die Partei und erst recht die Labour-Regierungen der sechziger Jahre immer Rücksicht auf die Haltung ihres westdeutschen Bündnispartners. Es wurden keine Schritte unternommen, die der bundesrepublikanischen Deutschlandpolitik zuvorgekommen wären. Offiziell erkannte die Labour Party, wie auch alle britischen Nachkriegsregierungen, die DDR erst 1973 an, nachdem das Viermächteabkommen über Berlin und der Deutschlandvertrag 1972 unterzeichnet worden waren.

Literatur

Allaun, Frank, The Struggle for Peace: A Personal Account of 60 Years Campaigning Inside and Outside Parliament, Manchester [1992].

Becker, Bert, Die DDR und Großbritannien 1945/49 bis 1973. Politische und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik, Bochum 1991.

Bell, Marilyn, Britain and East Germany: The Politics of Non-Recognition, M. Phil, University of Nottingham 1977.

Berger, Stefan, Ungleiche Schwestern? Die britische Labour Party und die deutsche Sozialdemokratie, 1900-1931, Bonn 1997.

Black, Lawrence, Social Democracy as a Way of Life: Fellowship and the Socialist Union, 1951-1959, in: Twentieth Century British History 10 (1999), S. 499-539.

Brown, George, In My Way, London 1971.

Cameron Watt, Donald, Die Labour Partei und Deutschland, in: Europa-Archiv 22 (1964), S. 855-60.

Childs, David, British Labour and Ulbricht's State, in: Adolf M. Birke/Günther Heydemann (Hg.), Britain and East Germany Since 1918, München 1992, S. 95-106.

Cole, G.D.H., Labour's Foreign Policy, London 1946.

Crossman, Richard, The Diaries of a Cabinet Minister, 3 Bde., London 1975.

Dorril, Stephen/Robin Ramsay, Smear: Wilson and the Secret State, London 1991.

Foot, Michael, Aneurin Bevan 1945-1960, London 1973.

Glees, Anthony, Exile Politics During the Second World War. The German Social Democrats in Britain, Oxford 1982.

Goodman, Ciora, Who is Anti-American? The British Left and the United States, 1945-56, Ph.D., University of London 1996.
Gordon, M.R., Conflict and Consensus in Labour's Foreign Policy, London 1975.
Gossel, Daniel, Briten, Deutsche und Europa. Die deutsche Frage in der britischen Außenpolitik 1945-1962, Stuttgart 1999.
Griffiths, Robert, S. O. Davies: A Socialist Faith, Dyfed 1983.
Healey, Dennis, The Time of My Life, London 1989.
Hoff, Henning, „... Largely the Prisoners Of Dr. Adenauer's Policy": Großbritannien und die DDR, 1949-1973, in: Ulrich Pfeil (Hg.), Die DDR und der Westen: Transnationale Beziehungen 1949-1989, Berlin 2001, S. 185-206.
Hogenkamp, Bert, Film, Television and the Left 1950-1970, London 2000.
Howarth, Marilyn, KfA Ltd und Berolina Ltd. Die DDR Präsenz in Großbritannien vor und nach der diplomatischen Anerkennung, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 591-600.
Howarth, Marilyn, Großbritannien und die DDR. Beziehungen und Nicht-Beziehungen, in: Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR – Erinnerung an einen untergegangenen Staat, Berlin 1999, S. 509-26.
Hughes, Emrys, Silverman, Sydney: Rebel in Parliament, London 1969.
Jenkins, Roy, Life at the Centre, London 1991.
Johnson, Peter, Reuter Reporter Among the Communists 1958-59, London 2000.
Jones, Peter, America and the British Labour Party, New York 1997.
Kettenacker, Lothar, Krieg zur Friedenssicherung: Die Deutschlandplanung der britischen Regierung, Göttingen 1989.
Kilian, Werner, Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR, 1955-1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien, Berlin 2001.
Löwenthal, Richard, Zur deutschen politischen Emigration in Großbritannien im zweiten Weltkrieg: Wechselwirkungen und Nachwirkungen, in: Gottfried Niedhart (Hg.), Großbritannien als Gast- und Exilland für Deutsche im 19. und 20. Jahrhundert, Bochum 1985, S. 89-116.
Meehan, Eugene J., The British Left Wing and Foreign Policy: A Study of the Influence of Ideology, New Brunswick 1960.
Mignion, Mark, The Labour Party and Europe During the 1940s: the Strange Case of the Socialist Vanguard Group, in: South Bank European Papers, Nr. 4, London 1998.
Mikardo, Ian, Backbencher, London 1988.
Morgan, Kenneth, Labour in Power: 1945-1951, Oxford 1984.
Peet, John, The Long Engagement. Memoirs of a Cold War Legend, London 1989.

Pimlott, Ben, Hugh Dalton, London 1985.
Pimlott, Ben, Harold Wilson, London 1992.
Pommerin, Rainer, Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED. Eine britische Analyse vom April 1946, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36 (1988), S. 319-38.
Schaffer, Gordon, The Russian Zone, London 1947.
Schneer, Jonathan, Labour's Conscience. The Labour Left 1945-1951, London 1988.
Shinwell, Emanuel, I've Lived Through it All, London 1973.
Silverman, Sydney/William Warbey, Stop the Coming War, London 1948.
Stewart, Michael, Life and Labour: An Autobiography, London 1980.
Tombs, Isabel, Socialists Debate their History from the First World War to the Third Reich: German Exiles and the British Labour Party, in: Stefan Berger/Peter Lambert/Peter Schumann (Hg.), Dialog der Schwerhörigen? Geschichte, Mythos und Gedächtnis im deutsch-englischen kulturellen Austausch, Göttingen 2002.
Tombs, Isabel, The Victory of 'Socialist Vansittartism': Labour and the German Question 1941-45, in: Twentieth Century British History 7 (1996), S. 287-309.
Watson, Dan, From 'Fellow Traveller' to 'Fascist Spy': Konni Zilliacus MP and the Cold War, in: Socialist History 11 (1987), S. 59-87.
Wilson, Harold, Britain and World Peace, in: The New Britain: Labour's Plan, Harmondsworth 1964, S. 90-100.
Younger, Kenneth, Fabian International Essays, London 1957.